

Freiheit für Palästina, Irak und Afghanistan

Die israelische Regierung lässt derzeit eine acht Meter hohe Betonmauer auf palästinensischem Gebiet bauen und schließt damit die palästinensische Bevölkerung wie in einem Gefängnis ein. Der bis zu 650 Kilometer lange „Trennzaun“ sticht weit in das palästinensische Gebiet hinein, um die israelischen Siedlungen und ihr Umland auf die israelische Seite zu bringen, und zementiert damit den fortgesetzten Landraub. 16000 palästinensische Familien werden durch die Mauer abgetrennt, Tausende bäuerliche Existenzen vernichtet.

Der Terror der israelischen Armee gegen die palästinensische Bevölkerung, die Luftangriffe, die gezielten Morde und willkürlichen Verhaftungen sind der Nährboden für Gewalt und Gegengewalt. Als vor drei Jahren im September 2000 Ariel Sharon unter massiver Militärbegleitung den Haram Al Sharif, den Tempelberg, betrat, war dies der Funke, der die zweite Intifada, den palästinensischen Aufstand, auslöste.

Nur das von der palästinensischen Bevölkerung und der israelischen Friedensbewegung geforderte Ende der jahrzehntelangen völkerrechtswidrigen Besatzung der palästinensischen Gebiete und Ost-Jerusalems ermöglicht einen dauerhaften Frieden.

Besatzer raus

Der von den USA am 20. März 2003 begonnene Angriffskrieg gegen den Irak hat mehrere Zehntausend Menschen getötet und das Land in ein blutiges Chaos gestürzt. Die elementare Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Strom, Wasser und die medizinische Versorgung sind nicht sicher gestellt. Das Gespinnst aus Lügen und Halbwahrheiten, mit denen die USA und Großbritannien den Krieg rechtfertigten, ist zerrissen. Es ging niemals um Massenvernichtungswaffen, um Freiheit oder Demokratie.

Die USA richten sich auf eine dauerhafte Militärpräsenz in diesem strategisch wichtigen Land ein. Alle bedeutenden Entscheidungen werden heute von den Besatzern getroffen, beispielsweise die Privatisierung der Erdölindustrie zu Gunsten US-amerikanischer und britischer Großkonzerne. Das Besatzungsregime verhindert die Selbstbestimmung der irakischen Bevölkerung.

Weder weitere UNO-Beschlüsse zur Legitimierung der Besatzung noch die Beteiligung deutscher oder anderer Länder an der Besatzung können die irakischen Probleme lösen, sondern nur die rasche Wiederherstellung der irakischen Souveränität. Die Besatzungstruppen müssen abziehen. Der Irak muss für die Schäden durch den Angriffskrieg und das zwölfjährige Embargo entschädigt werden.

Frieden statt Besatzung

Und nicht nur Palästina und der Irak sind militärisch besetzt: In Afghanistan hat der völkerrechtswidrige Angriffskrieg 2001 das Land weiter destabilisiert und auch die innerafghanischen Machtkämpfe angeheizt. Derzeit bereitet Deutschland die Erweiterung seines Bundeswehreinsetzes in Afghanistan vor. Angesichts der destabilisierenden Wirkung der Besatzung ist deutlich, dass es dabei nicht um afghanische Interessen geht, sondern um die von Verteidigungsminister Struck propagierte Verteidigung deutscher Interessen am Hindukusch und um die Etablierung einer deutschen Interventionsarmee.

Auf dem Balkan hat der der Nato-Krieg 1999 neokoloniale Zustände hinterlassen: Besatzung und Protektoratsverwaltung in Bosnien und Kosovo, westliche Marionettenregimes in Serbien, Montenegro und Mazedonien.

Den Kurdinnen und Kurden wird seit Generationen im Mittleren Osten ihr Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten. Nur wenn es einer Macht nutzt, wie jetzt den Besatzungstruppen im Nordirak, werden einem Teil von ihnen scheinbar Zugeständnisse gemacht. Gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei hingegen hat seit dem Ende des Irakkrieges die Repression sogar zugenommen und kurdische Organisationen werden auch in Syrien und im Iran verfolgt.

Gegen deutsche Unterstützung für Besatzung, für aktive Friedenspolitik

Bundeswehr raus aus Afghanistan und dem Balkan, keine Auslandseinsätze weltweit

Schluss mit den Waffenlieferungen an Israel, Stopp aller deutschen Rüstungsexporte

Rückzug Israels aus den palästinensischen Gebieten, Schluss mit Vertreibung und Siedlungsbau

Frieden und Freiheit für Kurdistan, türkische Armee raus aus Nord- und Südkurdistan

**Kundgebung mit Informationstischen und Redebeiträgen
Samstag, 27. September 2003, 12 Uhr, Friedensplatz, Bonn**